

**GBZ**

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

**JAHRESBERICHT**

**2002**

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

**GBZ**

## Gewerkschaftsbund des Kantons Zug GBZ

### GBZ-Vorstand

<i>Präsident:</i>	<b>Bruno Bollinger</b>	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	<b>SMUV</b>
<i>Vizepräsidentin:</i>	<b>Josy von Wyl</b>	Sonnhalde 8, 6313 Edlibach	P: 755 19 94	<b>GBI</b>
<i>Vizepräsident:</i>	<b>Pietro Panico</b>	Chamerstr. 152, 6300 Zug	G: 711 04 20	<b>SMUV</b>
<i>Kassierin:</i>	<b>Sybilla Schmid</b>	Burgmatt 3, 6340 Baar	P: 761 89 13	<b>SMUV</b>
	<b>Toni Gschwind</b>	Staldenstr. 3, 6313 Menzingen	P: 755 19 57	<b>VPOD</b>

### GBZ-Vertretungen

#### **Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen**

Bruno Bollinger (SMUV), Madeleine Landolt (GBI)

#### **Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)**

Josy von Wyl (GBI)

#### **Kantonale Gleichstellungskommission**

Sybilla Schmid Bollinger (SMUV)

#### **Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau**

Bruno Bollinger (SMUV)

#### **Einigungsamt**

Hans Rüegg (GeKo), Ersatz: Sybilla Schmid Bollinger (SMUV)

#### **Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen**

Pietro Panico (SMUV)

#### **Berufsschulkommission der Gewerblich-industriellen Berufsschule Zug**

Ruedi Amrein (SMUV)

### Angeschlossene Verbände:

#### **Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen SMUV**

*Sekretariat:* Metallstr. 5, 6300 Zug, Tel. 711 04 20

*Präsident:* Ruedi Amrein, Hertistr. 35a, 6300 Zug

#### **Gewerkschaft Bau & Industrie GBI**

*Sekretariat:* Metallstr. 5, 6300 Zug, 711 81 47 / *Präsident:* Fredy Frei, Fadenstr. 25, 6300 Zug

#### **VPOD Schweizerischer Verband Personal öffentlicher Dienste**

*Präsident:* Toni Gschwind, Staldenstr. 3, 6313 Menzingen

#### **Schweizerischer Eisenbahner Verband SEV (Diverse Untergruppen)**

#### **Gewerkschaft Kommunikation (Gruppe der Sektion Zentralschweiz-Post)**

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorbemerkungen.....</b>	<b>4</b>
<b>2. Die GBZ-Aktivitäten .....</b>	<b>5</b>
Abstimmung Arbeitszeitverkürzungs-Initiative .....	5
Referendum Ladenöffnungszeiten .....	5
Gemeindliche und kantonale Wahlen .....	5
AVIG-Referendum.....	6
Arbeitsgericht .....	6
<b>3. GBZ-Veranstaltungen.....</b>	<b>6</b>
Seminar zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“ .....	6
1. Mai 2002 .....	6
<b>4. Informationspolitik .....</b>	<b>7</b>
Pressemitteilungen .....	7
GBZ-Info.....	9
Vernehmlassungen .....	9
Jahrfeier 650 Jahre Kanton Zug .....	9
<b>5. Kommissionstätigkeit.....</b>	<b>9</b>
Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen.....	9
Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM).....	10
Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau .....	10
Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau .....	11
Einigungsamt.....	11
Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen .....	11
Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK) .....	11
<b>6. Die GBZ-Verbände .....</b>	<b>12</b>
Mitgliederentwicklung .....	12
GBI .....	12
SMUV .....	12
VPOD.....	12
Gewerkschaft Kommunikation .....	12
SEV .....	13
<b>7. GBZ-Gremien .....</b>	<b>13</b>
GBZ-DV vom 16. April 2002 .....	13
GBZ-Vorstand.....	13
<b>8. Schlussbemerkungen.....</b>	<b>14</b>

## 1. Vorbemerkungen

Das Jahr 2002 wird in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eingehen. Mit dem Erkämpfen der Frühpensionierung auf dem Bau und dem Abstimmungssieg gegen die Liberalisierung des Strommarktes haben die Gewerkschaften in einer Zeit des Sozialabbaus und der Liberalisierung wichtige Siege errungen, die eine Trendwende einläuten könnten.

Historisch ist zweifellos der Kampf der Bauarbeiter. Dies in dreifacher Hinsicht: Alle bürgerlichen Kräfte und die Arbeitgeber wollen das Rentenalter erhöhen, obwohl dieses in der Realität immer mehr sinkt (Arbeitslosigkeit, Invalidität, Frühpensionierungen). In dieser Situation ist es der GBI gelungen, die Sorgen der arbeitenden Menschen (drei von fünf Männern erreichen das gesetzliche Pensionsalter nicht mehr als Werk tätige) und die soziale Ungerechtigkeit (Bauarbeiter arbeiten härter und sterben früher!) in Mobilisierungen umzusetzen und das Rentenalter 60 auf dem Bau durchzusetzen.

Die Baumeister und insbesondere deren SVP-Hardliner-Fraktion wollten mit dem Vertragsbruch vom Sommer 2002 der GBI zeigen, wer Herr im Hause ist. Die GBI nahm die Herausforderung an und organisierte Streikaktionen, die im nationalen Streiktag vom 4. November gipfelten. Die Baumeister mussten nachgeben. Dabei wurde das gewerkschaftliche Grundprinzip verteidigt, dass unterschriebene Verträge gelten und nachträglich nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden können. Erreicht wurde dieser Sieg dank der Mobilisierung der Direktbetroffenen. Es gibt für die fortschrittlichen Kräfte keine anderen Möglichkeiten, um ihre Anliegen durchzusetzen, als Druck zu machen. Mit Verhandeln oder mit parlamentarischer Arbeit kann höchstens der Abbau verhindert oder hinausgezögert werden. Fortschritte für die arbeitende Bevölkerung müssen mit Mobilisierungen durchgesetzt werden.

Im Rahmen der Baumobilisierungen kam es im Kanton Zug zu einer der härtesten Gewerkschaftsaktionen seit Jahrzehnten. Einen Tag lang wurde das Kieswerk Risi in Oberwil bei Cham blockiert. Kein Kiesstein verliess an diesem Tag das Areal. Die Aktion richtete sich gegen den Präsidenten des Zuger Baumeisterverbandes, Adrian Risi, der zu den Scharfmachern im Schweizerischen Baumeisterverband gehört und massgeblich am Vertragsbruch beteiligt war. Adrian Risi gilt zudem als rücksichtsloser Geschäftsmann (siehe die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er hätte in der Innerschweiz ein Beton-Kartell aufgebaut) und Kiesabbauer (immer wieder ist er im Clinch mit den Naturschützern). Als Kassier der kantonalen SVP ist er in jener Partei aktiv, in der „Tüchtige“ wie er das Sagen haben.

2002 war das Jahr in dem der Kapitalismus sein Gesicht so deutlich zeigte, wie nie zuvor. Wir verzichten hier auf eine Auflistung all jener Beispiele von Abzockerei, Misswirtschaft und Fehlentscheiden. Es wird immer wichtiger, dass der „gesunde Menschenverstand“ in den so genannten Teppichetagen Einzug nimmt. Dies wird aber nicht mit moralischen Appellen geschehen, sondern nur wenn die Arbeitenden sich für ihre Interessen und somit für das Wohl der Wirtschaft einsetzen. Denn noch nie war die Behauptung „Geht es der Wirtschaft gut, dann geht es allen gut!“ so falsch, wie in den letzten Jahren. Diesbezüglich hat die GBI mit dem Baustreik einen Pflock eingeschlagen: Die Bauarbeiter weisen den Weg!

Mittlerweile gehören die Gewerkschaften zu den wenigen Organisationen, die gegen Sozialabbau wirksam Opposition machen. Und dies nicht nur in der Schweiz: In Italien, in England, in Frankreich und selbst in Deutschland sind es die Gewerkschaften, welche die Mobilisierungen der Bevölkerung mittragen. Die Mehrheit des Volkes besteht nach wie vor aus Arbeitenden, die von einem Lohn abhängig sind: Die Verkäuferin, die inzwischen dank der Gewerkschaften mehr als 3000 Franken verdient, wie auch der Akademiker, der Ende Monat das drei- bis vierfache nach Hause bringt. Keine(r) dieser Lohnabhängigen ist geschützt, wenn er

oder sie sich nicht in der Gewerkschaft organisiert und gemeinsam wehrt. Es geht darum, dass alle Arbeitenden am betrieblichen Erfolg teilhaben sollen und dass sie mehr über das Funktionieren des Betriebes zu sagen haben. Nur so wird es möglich sein, dass alle vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren werden.

In einzelnen Gewerkschaften machen sich diese Erfolge auch in einer Zunahme der Mitgliederzahlen bemerkbar. Und bereits wird es den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht, dass sie davon „profitieren“. Stärkere Gewerkschaften gleich bessere Gesamtarbeitsverträge und somit bessere Arbeitsbedingungen für alle. Erstarken die Gewerkschaften, weil sie mehr Mitglieder bekommen, dann profitieren alle Arbeitenden davon. Sogar die Weltbank hält in einem Bericht fest, dass starke Gewerkschaften zum Wirtschaftswachstum beitragen. Länder, in denen viele Arbeitende in Gewerkschaften organisiert sind, hätten die niedrigere Arbeitslosigkeit und eine höhere Produktivität. In Gewerkschaften organisierte Arbeitenden verdienen mehr, hätten kürzere Arbeitszeiten und würden besser ausgebildet als KollegInnen, die nicht organisiert sind.

## 2. Die GBZ-Aktivitäten

### **Abstimmung Arbeitszeitverkürzungs-Initiative**

Am 3. März 2002 haben die Zuger StimmbürgerInnen mit 35'570 Nein bei 8'750 Ja (19,7%) die Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“ abgelehnt. Gesamtschweizerisch sieht das Resultat nicht viel besser aus: 2'021'078 Nein und 685'002 Ja (25,4%). Die Kampagne startete der GBZ mit einem Seminar am 26. Januar, an dem 8 KollegInnen teilgenommen haben. Auf Initiative des GBZ hin wurde ein „Zuger Komitee für eine Arbeitszeitverkürzung“ gegründet. Den Abstimmungsauftrag haben 40 Leute unterschrieben. Die nationale Abstimmungszeitung wurde in allen Haushaltungen verteilt. Nebst Inseraten veröffentlichte der GBZ einige Stellungnahmen und LeserInnen-Briefe.

### **Referendum Ladenöffnungszeiten**

Am 31. Januar 2002 beschliesst der Zuger Kantonsrat ein neues „Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz“, das eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vorsah: An Werktagen von 6 bis 20 Uhr (mit Bewilligung der Gemeinde bis 21 Uhr), vor öffentlichen Ruhetagen bis 18 Uhr und an zwei öffentlichen Ruhetagen im Jahr von 10 bis 17 Uhr. Diese Liberalisierung ging noch weiter, als diejenige, die am 23. November 1997 mit 62% Nein vom Volk deutlich abgelehnt worden ist. Die Alternative Fraktion und die Gewerkschaften ergriffen dagegen das Referendum, das am 4. April mit 2782 Unterschriften eingereicht wurde. Für den Abstimmungskampf wurde ein Komitee gegründet, in dem neben den Alternativen und dem Gewerkschaftsbund auch die SP mitmachte, die im Kantonsrat noch für das neue Gesetz gestimmt und das Referendum nicht unterstützte hatte. Im Komitee machten alle alternativen Gruppierungen der Gemeinden, die Angestelltenvereinigung, die Syna, die Ofra, Comedia, VPOD, unia und VHTL mit. Das Komitee führte eine aktive Kampagne mit Flugblättern in allen Haushaltungen, Namensinserat und Testimonials. Der GBZ unterstützte die Kampagne des Komitees mit einigen Pressemitteilungen. Das Zuger Volk lehnte am 22. September 2002 das neue Gesetz mit 19'217 Nein (54,5%) gegen 16'066 Ja ab.

### **Gemeindliche und kantonale Wahlen**

Der GBZ hat mit einem Wahlauftrag die gemeinsamen Listen von SP und Alternativen unterstützt, sowie jene Kandidierenden, die Mitglied einer Gewerkschaft sind. Der Wahlauftrag

wurde allen Gewerkschaftsmitgliedern im Kanton Zug zugeschickt. Folgende vom GBZ unterstützte KandidatInnen sind gewählt worden: **Hanspeter Uster** (VPOD) in den Regierungsrat; **Dolfi Müller** (VPOD) in den Zuger Stadtrat; **Simone Gschwind** (VPOD), **Urs E. Meier** (GBI), **Erna Staub** (GBI) und **Martin Stuber** (SMUV) in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug; **Eric Frischknecht** (VPOD) in den Gemeinderat Hünenberg; **Othmar Birri** (SEV), **Josef Lang** (VPOD), **Dolfi Müller** (VPOD) und **Martin Stuber** (SMUV) in den Kantonsrat.

### **AVIG-Referendum**

Am 24. November 2002 haben die Zuger Stimmberechtigten mit 21'453 Ja gegen 13'329 Nein (38,3%) das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) angenommen. Mit 1'234'623 Ja gegen 966'626 Nein (44%) ist auch auf nationaler Ebene der Gesetzesrevision zugestimmt worden. Auf Initiative des GBZ hin wurde ein „Zuger Komitee gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung“ gegründet. Den Abstimmungsaufwurf haben über 60 Leute unterschrieben. Das entsprechende Inserat wurde in der neuen Zuger Zeitung, in der Zuger Presse und in der Zuger Woche veröffentlicht.

### **Arbeitsgericht**

Der GBZ äusserte sich kritisch zur Schaffung und zur Zusammensetzung der Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten. Dieser Druck wirkte sich indirekt aus, als bei der Neuzusammensetzung der Schlichtungsstelle an Stelle von Matthias Michel (FDP), der in den Regierungsrat gewählt worden ist, Urs Bertschi (SP-Gemeinderat) gewählt wurde.

## **3. GBZ-Veranstaltungen**

### **Seminar zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“**

Als Start der Kampagne für die Initiative für eine Arbeitszeitverkürzung organisierte der GBZ ein Seminar für GewerkschafterInnen und linke PolitikerInnen. Referent war Bruno Bollinger. Am Seminar nahmen 8 KollegInnen teil. Diskutiert wurde über die Bedeutung einer Arbeitszeitverkürzung, insbesondere um die Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen, um das Produktionswachstum für die Arbeitenden einzuholen, um die Umverteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau zu fördern, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden und um mehr Zeit für private und gesellschaftliche Tätigkeiten zu haben.

### **1. Mai 2002**

Die 1. Mai-Kundgebung fand traditionsgemäss auf dem Landsgemeindeplatz „unter der Linde“ statt. Motto war: „Mehr Rechte für die Arbeitenden!“. Hauptrednerinnen waren Brigitte Profos-Meier, Regierungsrätin, SP, Zug und Marianne Zehnder, Gemeinderätin, SGA, Zug. Das Duo Paso umrahmte die Kundgebung musikalisch. Stände mit Infos, Esswaren und Getränken versorgten die TeilnehmerInnen. Wiederum gut war die Berichterstattung in den Zuger Medien. Die 1.Mai-Kundgebung wurde vom 1. Mai-Komitee organisiert, das aus dem GBZ, der SP, der SGA und der Frischen Brise besteht.

## 4. Informationspolitik

### Pressemitteilungen

Regelmässig war der GBZ in den Medien präsent. Im vergangenen Jahr wurden folgende Pressemitteilungen veröffentlicht:

(nZZ = Neue Zuger Zeitung; ZP = Zuger Presse; ZW = Zuger Woche)

#### **Bruno Bollinger: Prognosen für das neue Jahr**

ZP (04.01.02): „*Arbeitnehmer zahlen die Kosten*“

#### **Arbeitsrechtliche Streitigkeiten: Gewerkschaften mit Schlichtungsstelle nicht zufrieden**

ZP (15.01.02): „*Schlichtungsstelle ist gemäss GBZ ungenügend*“

nZZ (14.01.02): „*GBZ mit Schlichtungsstelle nicht zufrieden*“

#### **GBZ unterstützt Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten**

nZZ (04.02.02): „*Ladenöffnungszeiten: Gewerkschaften für Referendum*“

SGB-Pressedienst (10.02.02): „*Zug: Referendum gegen längere Ladenöffnungszeiten*“

#### **Arbeitszeitverkürzung für mehr Lebensqualität**

ZP (01.02.02): „*Arbeitszeitverkürzung: Ja zu mehr Lebensqualität*“

nZZ (08.02.02): „*Arbeitszeitverkürzung für mehr Lebensqualität*“

ZW (06.02.02): „*Arbeitszeitverkürzung für mehr Lebensqualität*“

#### **Gleichberechtigung dank der Arbeitszeitverkürzungsinitiative**

ZP (05.02.02): „*36-Stunden-Woche: Gleichberechtigung dank der Initiative*“

#### **Komitee für eine Arbeitszeitverkürzung: Arbeitszeit verkürzen = Lebensqualität verbessern!**

ZP (15.02.02): „*Arbeitszeitinitiative: Prominentes Komitee unterstützt Initiative*“

nZZ (13.02.02): „*Arbeitszeitverkürzung: Zuger Komitee wirbt für Initiative*“

#### **Die Arbeitenden haben eine Arbeitszeitverkürzung verdient**

ZP (22.02.02): „*Arbeitszeitinitiative: Arbeitende haben Verkürzung verdient*“

nZZ (21.02.02): „*Arbeitende haben Arbeitszeitverkürzung verdient*“

#### **Knauserige Zuger Baumeister**

ZP (26.03.02): „*Baumeister sollen Druck nach oben machen*“

nZZ (28.03.02): „*Knauserige Zuger Baumeister*“

#### **Frühpensionierung auf dem Bau – ein nötiger Fortschritt**

ZP (05.04.02): „*Frühpensionierung ist ein nötiger Fortschritt*“

nZZ (05.04.02): „*Frühpensionierung auf dem Bau – ein nötiger Fortschritt*“

#### **Frühpensionierung auf dem Bau (Interviews)**

ZP (16.04.02): „*Bruno Bollinger: Ein Sieg der Arbeiterschaft*“

nZZ (17.04.02): „*Josy von Wyl: Trotz Einigung weiterhin uneinig*“

#### **GBZ-DV vom 16. April 2002**

ZP (19.04.02): „*Gewerkschaften: Votum gegen das Ladenöffnungsgesetz*“

nZZ (18.04.02): „*Gewerkschaften: Rentenalter 60 ein mehrfacher Erfolg*“

#### **1. Mai-Kundgebung**

ZP (30.04.02): „*Mehr Rechte für Arbeitende*“

nZZ (27.04.02): „*Zwei prominente Hauptrednerinnen*“

#### **Verhältnis Gewerkschaften - Parteien**

nZZ (01.04.02): „*Risse zwischen SP und Gewerkschaften*“

## **1. Mai-Berichterstattung**

ZP (02.05.02): „Wieder mehr kämpferische Töne im härteren Klima“

nZZ (02.05.02): „Mehr Sicherheit für die Arbeitenden“

## **Interview mit Bruno Bollinger zu Ladenöffnungszeiten**

nZZ (10.09.02): „Unveränderte Fronten“

## **Pro Zug: Podiumsgespräch zu den Ladenöffnungszeiten**

ZP (23.06.02): „Pro Zug: Mehrheit ist gegen Ladenöffnungsgesetz“

nZZ (20.06.02): „Kampf zwischen Gross und Klein“

ZW (22.06.02): „Podiumsdiskussion um verlängerte Ladenöffnungszeiten“

## **Interview mit Bruno Bollinger zur Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten**

nZZ (11.07.02): „Entwicklungsland“

## **Nein zum neuen Ladenöffnungsgesetz**

ZP (27.08.02): „Viele Gründe gegen ein neues Gesetz“

nZZ (26.08.02): „Nein zum neuen Ladenöffnungsgesetz“

ZW (28.08.02): „Nein zum neuen Ladenöffnungsgesetz“

## **Vorteile für wenige, Nachteile für viele**

ZP (23.08.02): „Vorteile für wenige, Nachteile für viele“

nZZ (19.08.02): „Nachteile für viele“

ZW (21.08.02): „Vorteile für wenige, Nachteile für viele“

## **Nein zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten**

SGB-Pressedienst (27.08.02): „Nein zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten“

## **Liberalisierung bringt nur Vorteile für die Grossen**

nZZ (13.08.02): „Liberalisierung bringt nur Vorteile für die Grossen“

ZW (14.08.02): „Liberalisierung bringt nur Vorteile für die Grossen“

## **Wahlaufruf des Zuger Gewerkschaftsbundes**

nZZ (15.10.02): „Empfehlung für Kandidierenden“

## **Widerstand gegen Liberalisierung und Arbeitgeberwillkür**

ZP (04.10.02): „Gegen Liberalisierung und Arbeitgeberwillkür“

nZZ (01.10.02): „Widerstand gegen Liberalisierung und Arbeitgeberwillkür“

ZW (02.10.02): „Widerstand gegen Liberalisierung und Arbeitgeberwillkür“

## **Bericht über Vernehmlassung zu den flankierenden Massnahmen**

nZZ (23.10.02): „Schutz gegen zu tiefe Löhne“

## **Keine öffentlichen Aufträge für Baumeister Risi**

nZZ (04.10.02): „Protest gegen Zuger Baumeister“

## **Mobilisierungen auf dem Bau**

nZZ (10.10.02): „Protestaktion bei Bahnhofbaustelle“

ZP (11.10.02): „Baumeister Risi gibt sich als Demokrat“

ZP (11.10.02): „Scharfe Attacken gegen Baumeister Risi“

nZZ (11.10.02): „GBI-Blockade des Risi-Kieswerkes“

nZZ (12.11.02): „Adrian Risi erwägt Klage gegen GBI“

## **Jugenddemo**

ZP (15.10.02): „Friedlich Forderungen skandiert“



### **Ja zum Swiss-Beitrag des Kantons Zug**

ZP (08.11.02): „*Ja zum Swiss-Beitrag des Kantons Zug*“

nZZ (07.11.02): „*Zuger Gewerkschaftsbund sagt ja zur Swiss-Beteiligung*“

ZW (13.11.02): „*Ja zum Swiss-Beitrag des Kantons Zug*“

### **Nein zur AVIG-Revision**

ZP (15.11.02): „*Gegen Verschlechterung für Arbeitslose*“

nZZ (11.11.02): „*Zuger Komitee sagt Nein zur Änderung des AVIG*“

ZW (13.11.02): „*Nein zur Änderung des AVIG*“

## **GBZ-Info**

Im vergangenen Berichtsjahr wurde allen GBZ-Delegierten das GBZ-Info geschickt. Das GBZ-Info geht auch an 100 uns nahestehende PolitikerInnen und InteressentInnen und ist im Jahr 2002 viermal erschienen.

- **Nr. 46, Februar 2002:** Arbeitszeitverkürzungsinitiative, Ladenöffnungszeiten, Prognose 2002, Lego, Schlichtungsstelle für arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, UNO.
- **Nr. 47, Mai 2002:** 1. Mai, Mobilisierung auf dem Bau, Zuger Wahlen, Ladenöffnungszeiten, Lego, SMUV-GV, Ja zur Fristenlösung.
- **Nr. 48, September 2002:** Ladenöffnungszeiten, Elektrizitätsmarktgesetz, Solidaritätsstiftung, Lehrerdemonstration, Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten, Liberalisierung, VPOD-Veranstaltung mit Serge Gaillard, Business-Lunch der Gleichstellungskommission, Siemens. *Wurde wegen einer Panne nicht verschickt!*
- **Nr. 49, November 2002:** Ladenöffnungszeiten, Zuger Wahlen, Arbeitslosenversicherung, kantonalen Krankenkassen-Initiativen, Lehrerdemonstration, Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten, VPOD-Veranstaltung mit Serge Gaillard, Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, Business-Lunch der Gleichstellungskommission, Siemens, Bau-Mobilisierungen, Jugenddemo, Swiss-Beitrag.

## **Vernehmlassungen**

Im Jahr 2002 nahm der GBZ Stellung zur Vernehmlassung zum „Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für die in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Entsendegesetz)“.

## **Jahrfeier 650 Jahre Kanton Zug**

Auf Einladung vom Landamann Hanspeter Uster nahm GBZ-Präsident Bruno Bollinger am 27. Juni 2003 als Gast an der Jahrfeier 650 Jahre Kanton Zug teil.

# **5. Kommissionstätigkeit**

## **Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen**

Am 22. April 2002 fand eine erste Sitzung statt, an der über die Entwicklung von Firmen, Neugründungen und Konkursen, die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr, Aktuelles von der Kontaktstelle Wirtschaft, die Ladenöffnungszeiten und die Luftfahrt berichtet wurde. Am 13. November fand eine zweite Sitzung statt. Themen waren: die Wirtschafts-

lage, Aktuelles von der Kontaktstelle Wirtschaft und eine Umfrage zu den wirtschaftlichen Aussichten. An beiden Sitzungen nahmen Bruno Bollinger und Madeleine Landolt teil.

### Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)

Der GBZ wird durch Josy von Wyl, Vizepräsidentin, vertreten. In ihrem Bericht hält sie fest: *2002 ist die Arbeitslosigkeit im Kanton Zug um 0,2% gestiegen (Stand 07.11.02). Auf Grund der Wahlen im Herbst haben auf die GV 2003 folgende Personen demissioniert und müssen ersetzt werden: alt Regierungsrat Robert Bisig, Steinhausen, Trudy Fux, Baar, Barbara Hofstetter, Steinhausen, Erna Staub, Zug. Am 12. Dezember 2002 bin ich vom GBI-Vorstand der Zentralschweiz in Luzern wieder in den VAM gewählt worden. Falls mich alle anderen Verbände und Mitglieder ebenfalls bestätigen, stelle ich mich für eine weitere Amtsperiode unentgeltlich zur Verfügung. Der Präsident ist Gianni Bomio und der Leiter Fredy Omlin. Anbei eine Übersicht der Möglichkeiten bei VAM und RAV (Regionale Arbeitsvermittlung) von 1997 bis 2003.*

Arbeitsmarktmassnahmen Kanton Zug (verfügbare Jahresplätze)

	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Bildungsmassnahmen (Kurse, Umschulungen)	100	50	50	70	170	138	98
Einarbeitungs- und Ausbildungszuschüsse	10	10	15	14	17	34	19
Ausbildungszuschüsse und Selbstständigkeit	20	15	10	11	12	17	21
Stellennetz Kanton Zug - 30 Kanton Zug - 30 Gemeinden - 30 Gemeinnützige Organisationen - 130 Werkplatz Zug	220	180	150	230	320	339	365
Programm SchulabgängerInnen	20	20	15	15	15	14	15
Berufspraktika	15	10	10	20	20	30	50
Betagenarbeit	0	0	15	15	12	-	-
Programme für schwervermittelbare Langzeitarbeitslose	0	0	10	10	11	-	-
Bildungsmassnahmen für nicht anspruchsberechtigte Personen	0*	0*	0*	0*	0*	10	14
Pendlerkosten/Wochenaufenthalter	5	5	5	3	9	8	4

\*) ab 1999 in den Bildungsmassnahmen integriert

### Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau

Sybilla Schmid Bollinger vertrat die Gewerkschaften (GBZ und Christliche) in der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Im Berichtsjahr fanden sieben Sitzungen der Kommission statt sowie zahlreiche Besprechungen und Arbeitsgruppensitzungen. Sybilla Schmid arbeitete in der Arbeitsgruppe "Arbeitswelt" mit. Die gemeinsame Abendveranstaltung der Direktion des Innern und der Gleichstellungskommission unter dem Titel "Chancengleich - Chancenlos?" wurde am 14. März 2002 im vollbesetzten Casino durchgeführt. In der Folge fanden drei Businesslunches zum Thema Chancengleichheit statt, wobei Sybilla Schmid jeweils in der Diskussionsleitung und Moderation mitwirkte. Im Oktober 2002 beschloss der Kantonsrat, der Kommission für weitere vier Jahre grünes Licht zu geben. Ab Januar 2003 amtet Sybilla Schmid als Präsidentin der Gleichstellungskommission und vertritt neu die Zuger Frauenzentrale. Ruth Wyss (VPOD) ist die neue Vertreterin der Gewerkschaften in der Kommission.

## **Schlichtungsstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau**

Bruno Bollinger ist Mitglied der Schlichtungsstelle, die auch im vergangenen Jahr nicht zum Einsatz kam.

## **Einigungsamt**

Hans Rüegg ist Mitglied des Einigungsamtes des Kantons Zug, Sybilla Schmid Bollinger Ersatzmitglied. Das Einigungsamt wurde auch 2002 nicht angerufen.

## **Verein für die Betreuung der ausländischen ArbeitnehmerInnen**

Pietro Panico vertritt die Gewerkschaften im Vorstand des Vereins, der am 16. Mai 2002 seine GV abgehalten hat. Aufgabe des Vereins ist es, die Trägerschaft für die Ausländerberatungsstelle zu garantieren.

## **Berufsschulkommission der gewerblich-industriellen Berufsschule Zug (BSK)**

Ruedi Amrein vertritt den GBZ und verfasste folgenden Bericht:

*Von den im Jahr 2002 angesagten vier Sitzungen fanden deren drei statt. Die September Sitzung wurde abgesagt weil ausschliesslich Informationstraktanden auf der Liste standen. Die Informationen wurden uns in schriftlicher Form abgegeben. Die neue Schulordnung, die von der GIBZ und dem KBZ erarbeitet und von der LBBZ übernommen wurde, konnte verabschiedet werden. Somit besteht eine gültige Regelung für alle drei Bildungszentren, d.h. für die gewerblich – industriellen, die kaufmännischen und die landwirtschaftlichen Berufe.*

*Mit der Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes wird der Gesundheitsbereich in die Berufsbildung integriert. Erste Vorplanungen sind erfolgt, so wird ab 1. 1. 03 ein Pilotprojekt, „Fachangestellte für Gesundheit“, am GIBZ gestartet. Die übrigen Ausbildungsteile und bestehende Diplomalteure bleiben bis 1. 1. 04 der Gesundheitsdirektion unterstellt, auf diesen Termin erfolgt der Wechsel zur Volkswirtschaftsdirektion ins Berufsbildungsamt. Mit der erfolgten drei – fach – Zertifizierung der GIBZ, QMS ISO 9000, UMS ISO 14000 und edu Qua ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Schule erfolgt.*

*Es werden klare Zielsetzungen und Pläne erarbeitet um die Strategie der GIBZ umzusetzen. Dabei spielt die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur eine wichtige Rolle. Dies beinhaltet unter anderem das Erstellen der Funktionsmatrix, Stellenbeschreibungen, im speziellen; Berufsverantwortliche, Gruppenleiter und Fachvorstände.*

*In der Berufsbildung nimmt die BM (Berufsmaturität) eine stetig wichtigere Rolle ein. In Zug wird auf das Schuljahr 2003/04 die bisherige siebensemestriige BM durch die achtsemestriige abgelöst. Dies bedeutet jedoch keinen Modellwechsel, denn wichtige Eckwerte bleiben sich gleich. So die gleiche Schulzeit, keine Änderung bei der Zusammenarbeit mit den Betrieben. Durchlässigkeit im 1. Semester (d.h. Möglichkeit zum Wechsel), der Lehrbetrieb muss einverstanden sein. Die eidgenössische Maturitätskommission legt grossen Wert darauf, dass alle Lehrkräfte die entsprechende Qualifikation mitbringen d.h. einen Hochschulabschluss.*

*Überhaupt ist in der Berufsbildung einiges im Gange. Der Lehrstellenbeschluss 1 + 2 des Bundes der einige Millionen Franken beinhaltet, weckt plötzlich das Interesse von Kreisen, die sich bis anhin nicht unbedingt um die Berufsbildung gekümmert haben.*

*Mit dem Jahr 2002 ist auch die Amtsperiode 1999/2002 zu Ende gegangen. Für die neue Amtsperiode 2003/2006 stehen einige personelle Änderungen bevor. Regierungsrat Robert Bisig scheidet als Präsident der BSK aus, weil er auf eine Kandidatur für die Regierung verzichtet hat. An dieser Stelle sei Robert Bisig für seine grossen Verdienste für die Berufsbildung gedankt. Sein Nachfolger in der Volkswirtschaftsdirektion, Regierungsrat Walter Suter, wird neu Präsident der BSK.*

*Ein weiteres Urgestein in der Zuger Berufsbildungslandschaft wird 2003 in den wohlverdienten Ruhestand treten. Es ist dies der Leiter des Amtes für Berufsbildung, Markus Knobel, auch ihm gebührt der nötige Dank. Sein Nachfolger wird der gegenwärtige Rektor der GIBZ, Ernst Hügli. Zum neuen Rektor der GIBZ wurde Hugo Nussbaumer berufen. Allein diese personellen Wechsel zeigen, wie dynamisch die Entwicklung im Berufsbildungswesen verläuft und wie wir Gewerkschaften in einem Bereich, der zu unserem Kerngeschäft gehört, gefordert sind.*

## 6. Die GBZ-Verbände

### Mitgliederentwicklung

	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
<b>GBH / GBI</b>	669	1146	1286	1271	1255	1101	851	720	520	337	360
<b>GTCP (1)</b>	41	29									
<b>SMUV</b>	987	843	887	885	960	1037	1'079	1'169	1'069	1'138	1'051
<b>SEV</b>	361	458	484	489	490	483	482	470	464	446	438
<b>VPOD</b>	74	134	139	147	144	142	141	141	136	124	137
<b>GeKo (2)</b>	76	77	77	76	80	81	84	60		173	152
<b>VHTL</b>	50	20	20	19							
<b>Comedia (3)</b>					57	50	49	56			74
<b>Kanton Zug</b>	<b>2'258</b>	<b>2'707</b>	<b>2'893</b>	<b>2'887</b>	<b>2'986</b>	<b>2'894</b>	<b>2'686</b>	<b>2'616</b>	<b>2'189</b>	<b>2'218</b>	<b>2'212</b>

(1) Ab 1.1.93 nach Fusion von GBH und GTCP = GBI

(2) PTT-Union ab 1998 in Gewerkschaft Kommunikation unbenannt

(3) GDP nach Fusion mit SLB = Comedia

*Infolge Zusammenlegung der Innerschweizer Sektionen weisen die meisten Verbände keine separaten Zahlen für den Kanton Zug mehr aus. Aus diesem Grund verzichten wir darauf, die Tabelle weiterzuführen.*

### **GBI**

Der für Zug angestellte neue Funktionär hat die GBI wieder verlassen. Die Stelle ist vakant. Der Zuger Kantonalpräsident ist Fredy Frei.

### **SMUV**

An der Generalversammlung vom 24. April 2002 wurde Ruedi Amrein als Sektionspräsident bestätigt.

### **VPOD**

An der GV vom 15. März 2002 wurde Toni Gschwind als Präsident bestätigt. Am 4. Juni 2002 organisierte der VPOD eine gutbesuchte Veranstaltung mit SGB-Ökonom Serge Gaillard zum Thema „Nach 7 Jahre Krise zurück in die nächste Rezession?“. Auch der VPOD hat eine Regionalisierung durchgeführt, die Sektion Zug wird aber nach wie vor von Zürich aus betreut.

### **Gewerkschaft Kommunikation**

In Zug hat es keine Gewerkschaftsgruppe der GeKo mehr.

## SEV

Auch im Jahr 2002 war von den SEV-Gruppen in Zug nichts zu erfahren.

## 7. GBZ-Gremien

### GBZ-DV vom 16. April 2002

17 KollegInnen und zwei Gäste nahmen an der Delegiertenversammlung teil. Jahresbericht, Rechnung und Budget wurden angenommen, Präsident und Vorstand wiedergewählt. Für das Jahresprogramm wurden folgende Schwerpunkte festgelegt: Initiative Arbeitszeitverkürzung, Abstimmung Fristenlösung, Referendum AVIG, Zuger Wahlen, Abstimmung Ladenöffnungszeiten. Die Beiträge wurden auf Begehren des SGB hin angepasst und lauten neu Fr. 6.- für aktive Mitglieder und Fr. 2.- für Pensionierte und Lehrlinge (bisher Fr. 4.- für alle). Im Anschluss an die DV referierte Armin Jans, Präsident der Angestelltenvereinigung Zug, zur beruflichen Vorsorge. Armin Jans sprang im letzten Moment an Stelle von SGB-Präsident Paul Rechsteiner ein, der wegen der Nationalratssession in Bern nicht kommen konnte. Die neue Zuger Zeitung und die Zuger Presse berichteten über die DV.

### GBZ-Vorstand

Der GBZ-Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Bruno Bollinger (SMUV), Präsident;  
Josy von Wyl (GBI), Vizepräsidentin;  
Pietro Panico (SMUV), Vizepräsident;  
Sybilla Schmid Bollinger (SMUV), Kassierin;  
Toni Gschwind (VPOD).

Neben den regelmässigen Ressortberichten (Frauen, Verein für Arbeitsmarktmassnahmen, Gleichstellungskommission, Politik) wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

- 8. Januar** Kampagne Arbeitszeitverkürzungs-Initiative, 1. Mai, Schlichtungsstelle Arbeitsstreitigkeiten (anschliessend Vorstandssessen)
- 19. März** 1. Mai, Vorbereitung DV, Referendum Ladenöffnungszeiten, SGB-Kongress, Kampagne Fristenlösung, Gleichstellungskommission, Zuger Wahlen
- 4. Juni** Swiss-Kredit, 1. Mai, GBZ-DV, Referendum Ladenöffnungszeiten, AVIG-Referendum, Abstimmung EMG-Gesetz.
- 3. September** Kantonale Krankenkassen-Initiative, Zuger Wahlen, Referendum Ladenöffnungszeiten, SGB-Kongress.
- 5. November** Zuger Wahlen, Ladenöffnungszeiten, kantonalen Krankenkassen-Initiativen, Jugend-Demo, AVIG-Abstimmung, Swiss-Beteiligung, SGB-Kongress.

Den Kolleginnen und Kollegen vom Vorstand danke ich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

Am 15. November 2002 hat der Vorstand alle GBZ-Aktiven im Centro italiano zu einem Imbiss eingeladen. Der Einladung sind neun KollegInnen gefolgt.

## **8. Schlussbemerkungen**

Grosse Veränderungen kommen auf die Gewerkschaften zu. 2002 haben GBI und SMUV weittragende Entscheide getroffen und an ihren ausserordentlichen Kongressen beschlossen, eine einheitliche Gewerkschaft zu gründen, die auch schon einen viel versprechenden Namen erhalten hat: UNIA. Das ist der einzige Weg, wenn die Gewerkschaften eine Gestaltungsmacht sein wollen, die dafür sorgt, dass die Wirtschaft im Dienste aller Menschen steht und nicht nur für den Profit weniger. Bündelung der Kräfte, um mehr Synergien zu schaffen und Schlagkraft zu entwickeln. Dieser Prozess wird nicht bei GBI und SMUV aufhören. Der VHTL ist nahe daran, bei der UNIA mitzumachen, weitere Gewerkschaften werden später mitmachen. Und auch die christlichen Gewerkschaften, die zusammen mit den Angestelltenorganisationen eine eigene Organisation, die „travail.suisse“, gegründet haben, werden wahrscheinlich nicht lange abseits stehen können. Denn die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen - ob sie nun 3'000 Franken im Monat verdienen oder das Vierfache – gleichen sich immer mehr an: Niemand ist mehr vor dem Verlust des Arbeitsplatzes gesichert, niemand ist mehr vor krankmachenden Arbeitsbedingungen (Stress, Termindruck) gefeit, alle müssen unter den Missmanagement leiden. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr an der Basis aller Organisationen der Arbeitnehmenden durch, sie werden sich auch bei der Führung durchsetzen. Für die Zuger Gewerkschaftsbewegung wird die Gründung der UNIA eine grosse Chance sein, um auch in Zug wieder ein stark besetztes Sekretariat zu haben. Dies ist die Voraussetzung dafür, damit die gewerkschaftlichen Basisstrukturen, die unter der Regionalisierung der Verbände gelitten haben, wieder belebt werden können.

3. März 2003 / Bruno Bollinger, Präsident GBZ